



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/141 - 22. Juni 1956
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0898 090

Ein unmögliches Verfahren/Zur Haushaltsdebatte	S. 1
Tass-Erklärung zum Chruschtschow-Interview	S. 2&
Schwerer Stand der österreichischen KP	S. 3
Das Gewissen des Herrn Schacht	S. 5
Zur Einstellung der "Allgemeinen Sonntagszeitung"	S. 7
Zum Tode von Jean Meersfeld	S. 8

Neubonner Parlaments-Stil

Von Heinrich G. Ritzel, M.d.B.

Die Bundestagsitzung vom 21. Juni 1956 bot während der Etatberatung wiederholt ein Bild, das nachdenklich stimmt. Die Beratung des Haushaltsplans 1956 stand im Plenum des Bundestages ohnedies unter keinem günstigen Stern. Das Tempo der Beratung entspricht nicht der Bedeutung der Aufgabe. Darauf wies der sozialdemokratische Abgeordnete, Professor Dr. Gülich, durch Vergleiche mit Etatberatungen im Kaiserlichen Reichstag und im Reichstag der Weimarer Republik überzeugend hin.

Dieser Misstand wurde noch gesteigert durch die Methode der Abstimmung. Im Ältestenrat hatte man eine Verständigung darüber herbeigeführt, dass über zu erwartende Anträge am Schluss jedes einzelnen Haushaltsplans der Ministerien abgestimmt werden sollte. Dabei war die selbstverständliche Voraussetzung, dass die Zahl der Abänderungsanträge überschaubar bleiben würde. Es kam aber anders - zu einzelnen Haushaltsplänen ergab sich eine Flut von Anträgen, die die Übersicht derart erschwerten, dass der amtierende Vizepräsident, Professor Dr. Carlo Schmid, zu der ganz selbstverständlichen Massnahme griff, jeden aufgerufenen Abänderungsvorschlag durchzudiskutieren und dann sofort durch Abstimmung entscheiden zu lassen. Das Haus folgte diesem System, bis die Leitung der CDU merkte, dass sie auf diese Weise die Direktion über ihre Abgeordneten verlieren würde.

Es gibt immerhin noch CDU-Abgeordnete, die sich von Gründen über-

zeugen lassen und die an die Verantwortung denken, wenn sie mit den Argumenten der Antragsteller konfrontiert werden. Diese Gefahr bannte der Geschäftsführer der CDU, Abgeordneter Rasner, indem er bei passender Gelegenheit mit der ihm gefügigen Mehrheit eine Änderung des Abstimmungs-systems durchsetzte und gegen den Willen der SPD erzwang, dass die Abstimmung nicht unmittelbar nach der Beratung eines Antrages, sondern summarisch erst am Ende des betreffenden Einzelplans durch Aufrufung der Anträge erfolgen soll. So geschah es und die Wirkung war, dass die Abgeordneten nicht gezwungen waren, im Saal zu bleiben, weil sie ja wussten, dass zur Abstimmung besonders aufgerufen werden würde, und die weitere Folge war, dass sie ohne Kenntnis der Begründung der Abänderungsanträge mechanisch nach dem Vorbild ihrer Vordormänner die Hand erhoben. Das war ein schlechter Stil des Parlaments.

Aber der Stil wurde noch schlechter, als der sozialdemokratische Abgeordnete Schmitt aus Vockenhausen in einer Replik auf diese Tatsache kurz hinwies und die CDU daraufhin mit einem Wutgeschrei und demonstrativem Auszug aus dem Plenarsaal ihrem Verhalten die Krone aufsetzte.

Herr Abgeordneter Rasner ist noch ein junger Parlamentarier und Leute mit mehr Besinnung hätten auch in der CDU diesen Excurs sicher vermieden. Das Ansehen des Hauses litt unter dieser Methode des Fraktionsgeschäftsführers der stärksten Regierungspartei. Die Atmosphäre war ungut. Sie wurde noch schlechter, als die Bundesregierung, formal gedeckt durch ihre geschäftsordnungsmässiges Recht, im Bundestag zu jeder Zeit das Wort zu ergreifen, in der Sitzung vom 22. Juni 1956 dazu überging, vor die Begründung einer grossen Anfrage der Sozialdemokratie und vor die pflichtgemässe Beantwortung dieser Anfrage durch die Bundesregierung eine Regierungserklärung zur Frage der Konjunkturpolitik zu setzen, die dazu bestimmt war, die Argumente der SPD ihrer Wirkung zu berauben.

Wenn die Regierungsparteien und die Bundesregierung selbst mit diesem Neubonner Stil weiterfahren, verschlechtern sie die Atmosphäre des Bundestages in einem erschreckenden Masse, und wenn das Parlament, praktisch also die Mehrheit der Koalition, vor allem die CDU, diese Entwicklung duldet und weiterhin mitmacht, übernimmt sie eine Verantwortung, die sie vor unserem Volk und vor der Geschichte nicht tragen kann.

Der Bescheid aus Moskau

sp. Die Tass-Erklärung in der offiziellen Interpretation jener vielzitierten Chruschtschow-Ausserung zur deutschen Wiedervereinigung und mit der abermaligen Fixierung der sowjetischen Haltung in dieser Frage hat die Bundesregierung zu einer Gegenäusserung veranlasst.

Leider geht diese Gegenäusserung mit keinem Wort darauf ein, dass die Bundesregierung selbst nicht die geringsten Anstrengungen gemacht hat, in Moskau durch ihren Botschafter die notwendigen Erkundigungen einzuziehen zu lassen. Sie begnügte sich mit Informationen aus zweiter Hand, vielleicht, das hat die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion bereits angedeutet, weil diese Mitteilungen ihr aus innerpolitischen Gründen sehr genehm waren. Diese Methode mag kurzfristig der Regierungspartei nützen, aussenpolitisch kann sie nur Porzellan zerschlagen.

Was die umstrittenen Chruschtschow-Ausserungen anbelangt, so ist nach den Mitteilungen Mollets und Pineaus wohl anzunehmen, dass der sowjetische Politiker in seiner zu temperamentvollen Improvisationen neigenden Art Dinge gesagt haben mag, die zu Missdeutungen Anlass geben. Chruschtschow hat nach der Tass-Erklärung aber auch festgestellt, "dass es der Sowjetunion nicht möglich ist, der Einbeziehung eines vereinigten Deutschlands in militärische Gruppierungen zuzustimmen, die gegen die Sowjetunion und die mit ihr befreundeten Länder gerichtet sind." Diese Feststellung ist nicht neu, aber sie bleibt entscheidend wichtig.

Hinzugekommen ist freilich seit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge auch die Forderung nachdirekter Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow. Einsichtige Kreise in Bonn haben stets darauf verwiesen, dass die Nichtbeachtung der Moskauer Warnungen vor den Folgen der Pariser Verträge den Preis für eine Wiedervereinigung beträchtlich erhöhen würden. Dazu gehört eben auch die Forderung nach direkten Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow.

Die Frage, wie sich die politischen Kräfte in der Bundesrepublik in diesem Punkt verhalten sollen, schliesst eine der schwersten politischen Entscheidungen ein, vor die man sich in der nächsten Zeit gestellt sehen wird. Auch in dieser Frage wird man auf die Dauer nicht weiterkommen, wenn man dabei bleibt, These gegen These zu stellen.

Die russische Erklärung ist nach unserer Auffassung keine Absage an die Verpflichtungen aller vier Grossmächte, für die Wiedervereinigung Deutschlands zu wirken, wenn Moskau auch diese Mitwirkung von einem Akkord zwischen Bonn und Pankow abhängig macht. Inwieweit es sich dabei um eine endgültige und gewissermassen ultimative Forderung der Sowjetunion handelt, das eben müsste mit zu den Preis von Fragen gehören, die in Verhandlungen zu klären sind.

Neue Taktik der österreichischen Kommunisten

K. F., Wien

Die Wahlniederlage bei den Parlamentswahlen vom 13. Mai und die nachhaltige Kursänderung in Moskau veranlasst nunmehr die österreichischen Kommunisten, eine neue Taktik einzuschlagen. Sie verlegen sich gegenwärtig immer mehr auf die "freundliche Tour" gegenüber den Anhängern der grossen Sozialistischen Partei. Die Sozialisten werden unermüdlich aufgefordert, gemeinsame Aktionen durchzuführen oder zumindest in ausgiebigen Diskussionen gemeinsame Standpunkte herauszuarbeiten. Das Schlagwort der "Arbeitereinheit" ist wieder einmal aus der Pumpelkammer des Zentralkomitees hervorgeholt worden.

Die arbeiterfeindliche Politik der Österreichischen Volkspartei, ermutigt durch den Wahlausgang, gibt den kommunistischen Absichten so manche günstige Wirkungsmöglichkeiten. So ereignete es sich dieser Tage im niederösterreichischen Erdölgebiet, dass eine Tiefbohrunternehmung aus der Bundesrepublik, die Firma Deilmann, im Auftrage der von der ÖVP inspirierten Gasgesellschaft NIOGAS Erdölbohrungen vornehmen wollte, obgleich das Erdöl verstaatlicht ist (laut Gesetz vom 26. Juli 1946, bestärkt durch den im Vorjahr abgeschlossenen Staatsvertrag) und Bohrungen oder Förderungen allein der staatlichen Österreichischen Mineralölverwaltung zukommen. In dieser Situation griffen die Erdölarbeiter zu Selbsthilfemassnahmen und verhinderten die Entladung der Bohrgeräte der Firma Deilmann. Die Angelegenheit kam dann sogar in den Ministerrat der nur geschäftsmässigen Regierung. Die ÖVP-Pressen stempelte die stürmischen Vorgänge im Erdölgebiet sogleich zu kommunistischen Aktionen, was keinesfalls zutrifft. Allerdings bestehen alle Erdölarbeiter, ob Sozialisten oder Kommunisten, auf der Verstaatlichung des Erdöls.

"Gemeinsame Aktionen" und sonstige Verbrüderungen mit den Kommunisten werden von den Sozialisten nach wie vor konsequent abgelehnt. Was die beiden Parteien neben vielen anderen völlig trennt, ist die verschiedene Auffassung über Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit. Zur Deutlichmachung dieses Gegensatzes hat dieser Tage der Verfasser dieser Zeilen an einen führenden kommunistischen Funktionär eine Reihe von Fragen gestellt und um ihre Beantwortung mit Ja oder Nein gebeten. Die Fragen wurden tatsächlich beantwortet, doch wurde jeweils dazu

ein entschuldigender Kommentar verfasst. Im folgenden seien einige Fragen und in gekürzter Form die Antworten des Kommunistischen Funktionärs wiedergegeben:

1. Ist es wahr, dass es einen "Eisernen Vorhang", bestehend aus Stacheldrahtverhauen, Minenfeldern und Wachttürmen, gegeben hat, beziehungsweise noch gibt? Antwort: Ja. Dient zum Schutz vor Einschleussung von Spionen.
2. Ist es wahr, dass aus Österreich Personen noch mehrere Jahre nach Kriegsende gewaltsam in die Sowjetunion verschleppt wurden? Antwort: Ja. Es waren zumeist Verbrecher oder Spione. (Auf die weitere Frage, ob ein verschleppter 16-jähriger Mittelschüler aus Wien Verbrecher oder Spion war, gab er keine Antwort.)
3. Ist es wahr, dass in der Sowjetunion österreichische Kriegsgefangene und Zivilinternierte ohne öffentliche Gerichtsverhandlung zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden? Antwort: Ja. Verhandlungen erfolgten vor Militärgerichten.
4. Ist es wahr, dass die Militärdienstzeit in Ungarn drei Jahre beträgt, während sie in Österreich 9 Monate beträgt und dass die Militärdienstzeit in keinem kommunistischen Land kürzer ist als in dem nichtkommunistischen Österreich? Antwort: Ja. In anderen nichtkommunistischen Ländern ist sie aber länger.

Bemerkenswert sind ferner auch die Fragen in bezug auf Deutschland. Auch hier eine kurze Wiedergabe:

1. Ist es wahr, dass Deutschland im Osten Gebiete an Polen abtreten musste, obwohl Grenzziehungen allein Angelegenheit eines gemeinsamen Friedensvertrages sind? Antwort: Ja. Wurde durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz veranlasst.
2. Ist es wahr, dass in Ostdeutschland keine Zeitungen aus nichtkommunistischen Ländern verbreitet oder gelesen werden dürfen und dass man auch keine nichtkommunistischen Sender abhören darf? Antwort: Nicht bekannt.
3. Ist es wahr, dass in Ostdeutschland, in Waldheim und in Bautzen, Staatsgefängnisse bestehen, in denen sich auch politische Häftlinge befinden? Antwort: Ja. (Keine Erklärung dazu).
4. Ist es wahr, dass es in Ostdeutschland noch inner Lebensmittelkarten gibt? Antwort: Ja. Sie berechtigen zum Bezug von Lebensmitteln zu verbilligten Preisen. Es gibt aber tatsächlich noch Mangelerscheinungen.
5. Ist es wahr, dass in Ostdeutschland Jugendliche, darunter auch Mädchen, militärisch ausgebildet werden und bei Maiaufmärschen mit geschulterten Gewehr marschieren? Antwort: Ja. Es sind nur Flobertgewehre.
6. Ist es wahr, dass in Ostdeutschland Frauen in Bergwerken unter Tage arbeiten, obwohl dies in der gesamten Kulturwelt auf Grund eines internationalen Arbeitsübereinkommens verboten ist? Antwort: Nicht bekannt.

Die Österreichischen Kommunisten wissen, dass sie jetzt einen schweren Stand haben. Sie warten auf eine Art Wunder, welches sie zu neuem politischen Leben erwecken könnte. Ihre grösste Hoffnung ist dabei die kurzsichtige und volksfeindliche Politik der ÖVP, ihre grösste Sorge die von Wahl zu Wahl stärker werdende Sozialistische Partei Österreichs.

Schacht möchte wieder mitspielen

G. M., Düsseldorf

Unter dem begeisterten Beifall von 800 jüngeren und meist dem kleinen oder mittleren Unternehmertum angehörenden Zuhörern hat der ehemalige Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister Hitlers, Dr. Hjalmar Schacht, in Essen sein politisches come-back angekündigt. Dazu zwingt ihn angesichts der verfehlten Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sein Gewissen, auch wenn der Bundeskanzler ihm "nach sieben Jahren Gefängnis und Verfolgung" politische Zurückhaltung schriftlich nahegelegt habe. In diesem Zusammenhang legte er Wert auf die Erklärung, er habe sich 1938 gegen Hitlers Aufrüstungspolitik gestellt, wohl weniger aus moralischen und politischen Erwägungen, sondern weil damals wie jetzt die Inflation gedroht habe. Schacht hat es immer verstanden, mit dem Wort geschickt zu hantieren.

Seine entscheidende Kritik richtete Schacht gegen Finanzminister Schäffer, wohingegen eine in der gedruckten Rede enthaltene Bemerkung gegen Wirtschaftsminister Erhard handschriftlich durch eine neutrale Redewendung ersetzt worden war. Man darf vermuten, dass er damit einem Wunsch der einladenden "Arbeitsgemeinschaft junger Unternehmer" entsprach, die Erhard nahestehen soll und interessanterweise auf einer kürzlich in Köln durchgeführten Arbeitstagung unter dem bezeichnenden Titel "Demokratie - ernst genommen" sich gegen die schein-demokratischen Methoden in der Bundesrepublik verwahrte. Vertreter der Grossunternehmen waren denn auch bei der Schacht-Veranstaltung nicht erschienen.

Widerspruchsvoll war in der Rede des jetzigen Privatbankiers vor allem das Lob, das er einerseits zu wiederholten Malen dem Präsidenten Vocke der Bank deutscher Länder für die letzten Kreditrestriktionen zollte, während er andererseits die Politik der BdL parlamentarischer Kontrolle unterwerfen will. Diese Hofierung des Parlaments wirkte als absoluter Fremdkörper in der Rede und war vermutlich nur dazu bestimmt, seine demokratische Gesinnung unter Beweis zu stellen. Das braucht nicht zu verwundern. Schacht hat immer die Fähigkeit besessen, sich auf die jeweilige politische Lage einzustellen, am un-

vergesslichsten damals, als er zunächst den Vorvertrag über die Young-Anleihe unterzeichnete und seine Annahme empfahl, um später einer der Haupttreiber beim nationalistischen Volkstreiben gegen sein eigenes Vertragswerk zu werden. Einer gewissen Delikatesse entehrt deshalb jetzt auch nicht sein Vorschlag, aus den angestauten Devisen bei der BdL auch diese Schulden vorzeitig zu tilgen.

Die Kritik, die Schacht an der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung übt, war eine geschickte Zusammenfassung von Argumenten, die auch anderswo bereits zur Sprache gebracht worden sind. Sein Vorschlag, auf eine hundertprozentige Deckung des Notenumlaufs zu verzichten und diesen "zweiten Juliusturm" zugunsten von Exportkrediten und Investitionen im Ausland abzubauen, ist richtig, aber nicht neu.

Seine Idee über die Art der Verwendung dieser Mittel berührt dagegen höchst bedenklich und erinnert peinlich an den alten "Schacht-Plan" aus der Nazizeit. Damals verschuldete sich das Reich in hohem Mass gegenüber anderen Ländern und machte sie dadurch zugleich wirtschafts- und machtpolitisch von Deutschland abhängig. Während sich nun alle vernünftigen Menschen darüber klar sind, dass der Resten den unterentwickelten Gebieten in der Welt durch Kredite und Industrielieferungen helfen muss, ohne ihre Unabhängigkeit und ihr nationales Selbstbewusstsein anzutasten, verlangt Schacht jetzt, dass die deutsche Wirtschaft in diesen Gebieten nur Unternehmungen aufbaut, die ihr Eigentum bleiben.

Der wirtschaftsimperialistische Charakter dieses Vorschlags wird noch durch Schachts Forderung unterstrichen, dass die deutschen Unternehmer mit denen der anderen westlichen Länder zur Verhinderung von Nationalisierungen und, wie er andeutet, auch späterer Konkurrenz aus den unterentwickelten Gebieten mit der westlichen Wirtschaft aufs engste zusammenarbeiten. Eine solche Politik würde nicht nur der bolschewistischen Wirtschaftsexpansion nützlich sein, sie ist auch eines demokratischen Deutschland unwürdig, das die Freundschaft besonders auch der asiatischen und afrikanischen Völker sucht. Leider muss gesagt werden, dass sie sich allerdings mit der viel beklagten Haltung deutscher wirtschaftlicher Vertreter in diesen Ländern deckt, die gute Beziehungen zu der alten Feudalschicht vorziehen, anstatt die Freundschaft der modernen Führungskräfte der jungen Nationen zu suchen.

Die Tragödie der Nicht-Konformisten

K.N. Die Nachricht, dass die katholische "Allgemeine Sonntagszeitung" wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten "in andere Hände" übergegangen sei, hat in Bonn wie eine Bombe eingeschlagen. Hinter den lapidaren Zeilen, die von dieser Veränderung berichten, werden wieder einmal die Grenzen sichtbar, auf die heute eine unabhängige und freie Meinungsäußerung in der Bundesrepublik Deutschland stößt. Dass diesmal ein angesehenes Blatt der jungen katholischen Mannschaft getroffen wurde, macht die Angelegenheit zu einem Vorfall, von dem man sicher sein kann, dass er auch in den Kreisen der jüngeren Generation der CDU zu lebhaften Auseinandersetzungen führen wird.

Es ist schwer, die ganze Komplexität des Vorganges um die Sonntagszeitung in wenigen Zeilen darzustellen. Soviel aber ist sicher: das Blatt machte durch eine heutzutage ungewohnt offene Kritik von sich reden. Einer der letzten Leitartikel stand unter der Überschrift: "Trennt sich die CDU vom Volk?" Diese Frage zu stellen, hiess die Chancen auf eine Weiterführung des Blattes auf Null zu reduzieren. Es dauerte nur kurze Zeit, bis die Redaktion, die das Fagnis der freien Meinungsäußerung auf sich genommen hatte, ausschied und das ganze Blatt an den zuverlässigen und linientreuen Echter-Verlag in Würzburg - den Verlag der Diözese - transferiert war.

Nun soll nicht der Eindruck erweckt werden, als sei das Ausscheiden der bisherigen Redaktion dieses Blattes ein Akt primitiver und direkter Zensureingriffe von Seiten der führenden Kräfte der CDU. Das wirtschaftliche Lebenslicht eines so empfindlichen Instruments wie einer Zeitung kann man ausblasen, wenn man sie ohne Bereitschaft zur Hilfe liegenlässt. Die jungen Idealisten der Sonntagszeitung haben es an eigenen Leibe spüren müssen, was es heisst, überall auf lächelnde Gesichter ... und nur auf diese zu stossen. Ein Ring des passiven Widerstandes legte sich mit eisernem Griff um Verlag und Redaktion. Verhandlungen mit katholischen Verlegern, die gebeten wurden, sich des wirtschaftlich kranken Objekts rechtzeitig anzunehmen, blieben ohne Erfolg. Es fand sich keine tragende Organisation, die bereit gewesen wäre, ohne eine Einflussnahme auf die Geisteshaltung der Redaktion eine gewisse

Stütze zu bieten.

Die Tragödie der jungen Publizisten der Sonntagszeitung vollendete sich, als der Zeitpunkt des wirtschaftlichen Ruins in greifbare Nähe rückte. Katholische Blätter anderer Richtung versuchten, die Beute an sich zu ziehen. Man wollte die Abonnenten aufkaufen, um den Sieg über den lästigen und unbestechlichen Konkurrenten ganz auskosten zu können. Man wusste nur zu gut, dass die "Sonntagszeitung" unter anderem auch als der Versuch angesehen wurde, einen nichtkonformistischen Gegenpol im katholischen Lager zu errichten.

Das Scheitern dieses Versuches muss als ein Symptom der Intoleranz und der Unduldsamkeit unserer Zeit angesehen werden. Ohne Rücksicht darauf, dass mit der "Sonntagszeitung" die Tradition der katholischen "Jungen Front", des "Michael" und der "Wacht" fortgesetzt werden sollte, liess man die Garde der jungen katholischen Publizisten am ausgestreckten Arm verhungern, weil sie nicht bereit waren, den üblichen Prozess des Konformismus und der Gleichschaltung über sich ergehen^{zu} lassen. In dem Abschiedsgedicht der letzten Ausgabe alter Prägung vom 24. Juni kommt dies recht drastisch zum Ausdruck: man wollte kein "Globketrotter" sein.

Die deutsche Öffentlichkeit hat einmal mehr erfahren, wie es um die Möglichkeit bestellt ist, in freier Meinungsäusserung eine eigene und nichtkonformistische Linie zu vertreten. Die junge Garde der CDU wird sich aber überlegen müssen, ob sie bereit ist, sehenden Auges in dieser Richtung mitzumarschieren.

+ + +

Nestor der rheinischen Sozialdemokratie

sp. Mit dem Tode von Jean Meerfeld erlosch ein bewegtes Leben von geradezu symbolhafter Bedeutung. Über 84 Jahre ist der ehemalige rheinische Handwerker Geselle geworden. Mit 22 Jahren schloss er sich der Sozialdemokratischen Partei an; 1901 trat er in die Redaktion der "Rheinischen Zeitung" in Köln ein, deren Leitung er 1905 übernahm. Die rheinische Sozialdemokratie erlebte 1912 durch die Wahl ihres Kandidaten für den Wahlkreis Köln-Stadt in den Reichstag einen grossen, bis heute unvergessenen Triumph. Nach dem Tode Hofrichters wurde Jean Meerfeld 1917 sein Nachfolger im Reichstag, nach dem ersten Weltkrieg wurde er Abgeordneter der Nationalversammlung und half in deren Ver-

fassungsausschuss die Grundlagen der Weimarer Republik vorzubereiten.

Schon von jeher galt Meerfelds leidenschaftliches Interesse Fragen des geistigen und künstlerischen Lebens. Diesem Interesse konnte er seine grossen Fähigkeiten und unermüdete Energie in besonderem Masse widmen, als er 1920 zum Beigeordneten der Stadt Köln und Leiter des Kunstdezernates gewählt wurde. Die Wiedererrichtung der Universität Köln, für die er sich sofort nach 1918 eingesetzt hatte, ist zu einem wesentlichen Teil sein Verdienst. Dies, sowie die grosse Kölner Jahrtausendausstellung im Jahre 1925, die seiner Initiative entsprang, und die vielfachen kulturellen und künstlerischen Anregungen, die die Stadt Köln von ihm empfing, verbinden seinen Namen unauslöschlich mit dieser Stadt. Die Verleihung der Würde eines Ehren doktors der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Kölner Hochschule im Jahre 1919 war eine Anerkennung seiner erfolgreichen Bemühungen auf schriftstellerischem und kulturellem Gebiet.

Als langjähriger Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei der Oberen Rheinprovinz führte Meerfeld einen harten und fairen Kampf gegen den damaligen politischen Hauptgegner, die Zentrumspartei. Er spielte auch eine hervorragende Rolle in der Abwehr separatistischer Versuche in den Jahren 1919 bis 1923.

Das Jahr 1933 setzte der öffentlichen Tätigkeit Jean Meerfelds ein jähes und hartes Ende. An dem Wiederaufbau der deutschen Sozialdemokratie nach 1945 nahm er tiefen Anteil. Sein Lebenselement blieb bis ins hohe Alter hinein die Politik und alle Fragen, die an der Wesenskern einer an kulturellen Werten orientierten Gesellschaft rühren. Sein warmes Verständnis und waches Interesse für alle neuen Entwicklungen und Wege zu einer sozialistischen Neugestaltung hatte auch für alle jüngeren Menschen, die mit ihm in Berührung kamen, etwas ungemein Anregendes und Beglückendes.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau